

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 43

vom 11. November 2011
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Vorschläge der Pflegereform greifen zu kurz.....	2
Hamburg will Girokonto für jedermann und besseren Pfändungsschutz	3
Organspenden retten Leben.....	5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Top Ergebnisse: Hamburger Ausbildungsmarkt 2011 Gemeinsame Pressekonferenz der Arbeitsagentur und Kammern.....	7
Schulsenator Rabe: Hamburgs Stadtteilschulen sollen als starke Alternative zu den Gymnasien etabliert werden.....	12
100 Jahre Staatliche Gewerbeschule Energietechnik „G10“	14

Stadtentwicklung und Umwelt

Hamburg bekommt neue Abwassergebühren.....	16
--	----

Wirtschaft, Hafen, Verkehr und Innovation

Weichenstellung für den Innovationsstandort Hamburg.....	17
Senator Horch zur geplanten Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Seeschifffahrt	19
Gutes Zeichen für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals	20

Justiz

Justizsenatorin Jana Schiedek fordert verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.....	21
Justizsenatorin Jana Schiedek zu den Ergebnissen der Justizministerkonferenz	23

Integration

50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen	25
---	----

Kultur

Fünf Hamburger Geschäftsideen erhalten den Titel „Kultur und Kreativpiloten Deutschland 2011“	27
---	----

07. November 2011/bgv07

Vorschläge der Pflegereform greifen zu kurz

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks kritisiert unzureichende Ausgestaltung und zu späte Umsetzung

Die Bundesregierung hat gestern einige wenige Punkte zur lang erwarteten Reform der Pflegeversicherung vorgestellt. Ab 1. Januar 2013 soll demnach der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte erhöht werden. Die erwarteten Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Euro sollen vor allem Demenzzkranken zu Gute kommen. Die Arbeiten an der Definition des neuen Bedürftigkeitsbegriffs sollen im Laufe der Wahlperiode abgeschlossen werden. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks kritisiert die Pläne der Bundesregierung als unzureichend und zu spät.

„Diese „Reform“ verdient den Namen nicht. Die drängendsten Probleme der Pflege werden nicht angegangen, die Pflegebedürftigen und ihre Familien im Stich gelassen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die Entlastungen für die Pflegebedürftigen sind minimal. Dass die Änderungen erst 2013 in Kraft treten sollen, oder, wie im Falle der Arbeiten am Pflegebedürftigkeitsbegriff, gar kein konkretes Datum genannt wird, ist nicht nachvollziehbar. 2013 ist viel zu spät, wir brauchen deutlich eher Veränderungen.“

Die SPD-geführten Länder hatten bereits im Juni 2011 umfassende Vorschläge zur Reform der Pflegepolitik vorgelegt. Gefordert wird u.a. die Einführung des neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs, die Anpassung und Flexibilisierung des Leistungsrechts und die Stärkung der ambulanten Pflege und Entlastung pflegender Angehöriger. Darüber hinaus ist aus Sicht der SPD-geführten Länder eine zukunftsfeste, paritätische und solidarische Finanzierung der Pflege in Form einer Bürgerversicherung nötig.

„Kurz vor Ende des von ihr selbst ausgerufenen Jahrs der Pflege offenbart die Bundesregierung, dass sie nur noch den kleinsten gemeinsamen Nenner findet und die Probleme der demografischen Entwicklung offensichtlich nicht lösen kann“, so **Prüfer-Storcks**.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

8. November 2011/bgv08

Hamburg will Girokonto für jedermann und besseren Pfändungsschutz

Bundesratsinitiative soll Rechtsanspruch auf Girokonto schaffen und Gebühren begrenzen - Informationskampagne zum Pfändungsschutzkonto

Zahlungen für Miete, Nebenkosten und Telefon werden im Regelfall über ein Girokonto abgewickelt. Auch für Lohn und Gehaltszahlungen oder Sozialleistungen ist das Girokonto längst Standard. Doch fast 700.000 Menschen in Deutschland haben kein solches Konto. Sparkassen und Banken sind bisher nicht verpflichtet Girokonten anzubieten, einen gesetzlichen Anspruch der Verbraucher darauf gibt es nicht. Dies soll sich auf Antrag Hamburgs nun ändern. Der Senat hat auf Vorschlag der Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) heute beschlossen, einen Gesetzesvorschlag in den Bundesrat einzubringen, um einen Rechtsanspruch gegen Banken und Sparkassen auf ein Girokonto einzuführen. Gleichzeitig soll der Pfändungsschutz verbessert werden: Die Umwandlung eines Girokontos in ein Pfändungsschutzkonto darf künftig weder zu einer Erhöhung der Gebühren, noch zu Leistungseinschränkungen führen. Zudem sollen Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine Infokampagne der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) auf die Möglichkeiten eines pfändungssicheren Kontos aufmerksam gemacht werden.

"Wo ein Konto gesellschaftlicher Standard ist, wirkt sein Fehlen wie ein soziales Stigma. Ein Girokonto ist zur Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben unerlässlich. Mit der Initiative Hamburgs kann dies gewährleistet und das Existenzminimum vor Pfändungen geschützt werden", so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Dazu sollen das Bürgerliche Gesetzbuch und die Zivilprozessordnung geändert werden.“

Sozialsenator Detlef Scheele will mit einer Informationskampagne stärker über Pfändungsschutz aufklären: „Nur informierte Bürger können sich und ihr Geld vor Pfändungen schützen. Mit unserer Informationskampagne zum P-Konto wollen wir verhindern, dass verschuldete Menschen - etwa durch Pfändungen von Sozialleistungen und Arbeitslosengeld -noch tiefer in die Schuldenfalle rutschen“, betont er.

Bereits zum 1. Juli 2010 wurde der gesetzliche Kontopfändungsschutz vereinfacht und das P-Konto eingeführt, um den Lebensunterhalt für überschuldete Bürgerinnen und Bürger zu sichern. In einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 2011 kann jeder, auch wenn das Konto gepfändet ist,

Arbeitslosengeld II, Grundsicherung, Sozialhilfe, Kindergeld und gesetzliche Renteneinkünfte innerhalb von 14 Tagen in voller Höhe abheben. Zum 1. Januar 2012 endet diese Frist, das heißt der bisherige Pfändungsschutz entfällt. Dann besteht dieser nur noch durch ein P-Konto. Bisher läuft aber das Pfändungsschutzkonto weitgehend ins Leere, weil Kreditinstitute es durch überhöhte Gebühren oder Leistungseinschränkungen konterkarieren. Während jährlich ca. 3 Mio. Konten bundesweit gepfändet werden, existieren bisher nur 250.000 P-Konten. Damit haben nur acht Prozent der überschuldeten Haushalte ein P-Konto.

Grundsätzlich hat jeder Kontoinhaber die Möglichkeit, sein Konto kostenlos in ein P-Konto umwandeln zu lassen. Im Falle einer Pfändung bekommen Verbraucher damit automatisch einen Pfändungsschutz für einen Grundfreibetrag von 1.028,89 Euro, ohne dass sie vorher bei einem Gericht einen Pfändungsschutzantrag stellen müssen, unabhängig von der Art Ihrer Einkünfte. Doch die Regelung greift nur dann, wenn Verbraucher tatsächlich ein Girokonto erhalten. Außerdem können Banken und Sparkassen finanzschwache Kundinnen und Kunden bisher durch hohe Gebühren oder eingeschränkte Kontofunktionen eines P-Kontos abschrecken. Mit der Neuregelung sollen die Entgelte für die Führung dieser P-Konten nicht höher sein, als die Gebühren, die für Girokonten üblicherweise fällig werden. Auch der Leistungsumfang den Banken und Sparkassen gewähren müssen, wird definiert. Sowohl die Bereitstellung einer EC-Karte, als auch die Nutzung des Online-Banking-Verfahrens sollen dazu gehören.

„Bisher wurde die Einrichtung eines Pfändungsschutzkontos gerade für überschuldete Haushalte zur Gebührenfalle. Aufschläge von 20 EURO im Monat können Niedrigverdiener nicht zahlen. Es wird Zeit, dass wir dieser Praxis ein Ende bereiten“, so Prüfer-Storcks. „Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Überschuldung ist das Konto für Jedermann zudem auf das Guthaben begrenzt, es kann also nicht überzogen werden.“

Noch im November informiert die Sozialbehörde mit einer Kampagne, durch Flyer, Plakate und im Internet, über die Vorteile eines P-Kontos.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

Nicole Serocka
Pressesprecherin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63- 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

11. November 2011/bgv11

Organspenden retten Leben

Dr. Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Justizsenatorin Schiedek und Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks zur Organ- und Gewebespende

„Jedes Jahr sterben in Deutschland etwa 1.000 Menschen, die leben könnten, wenn genug Organe zur Verfügung stehen würden“, sagte Dr. Frank-Walter Steinmeier bei einer Diskussionsveranstaltung zur Organ und Gewebespende.

Auf der Veranstaltung des Universitätsklinikums Eppendorf und der Behörde für Justiz und Gleichstellung diskutierten heute Dr. Frank-Walter Steinmeier, selbst Organspender und Gewebeempfänger, Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Prof. Dr. Klaus Püschel, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Dr. Gerold Söffker, UKE-Transplantationsbeauftragter und Dr. Birgit Wulff, UKE-Beauftragte für Gewebespende, über Organ- und Gewebespende. Justizsenatorin Jana Schiedek eröffnete als Mitinitiatorin die Veranstaltung mit ihrem Grußwort.

„Jeder von uns kann plötzlich durch eine schwere Krankheit oder einen Unfall auf ein Spenderherz, eine Spenderniere oder eine Herzklappe angewiesen sein. Doch nach wie vor gilt: Der Bedarf übersteigt bei weitem die Zahl der gespendeten Organe. Vielen fällt es schwer sich mit dem Thema Organspende zu befassen. Eine umfassende Aufklärung ist ein wichtiger Schritt, um Ängste und Befürchtungen in diesem Bereich abzubauen“, erklärte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Im Bundesgebiet haben im vergangenen Jahr 1.296 Menschen ihre Organe gespendet, dies entspricht rund 16 Organspendern pro Million Einwohnern. In Hamburg wurden im 2010 von 61 Hamburgerinnen und Hamburger 195 Organe für die Transplantation und damit zur Rettung schwerstkranker Menschen gespendet. Mit etwa 34 postmortalen Organspendern pro Million Einwohner hat Hamburg somit den mit Abstand höchsten Wert aller deutschen Organspenderregionen erreicht.

Bundesweite gibt es 2011 hingegen einen rückläufigen Trend bei den Organspenden, der sich auch in Hamburg zeigt. Weiterhin liegt die Organspendebereitschaft der Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt aber nach bisherigen Erkenntnissen über dem Bundesdurchschnitt. Von Januar bis September 2011 haben 28 Hamburgerinnen und Hamburger nach dem Tod ihre Organe zur Rettung schwerstkranker Menschen gespendet und hierdurch 137 Transplantationen ermöglicht. Ein Baustein

dieses Erfolgs war auch die freiwillige Einführung von Transplantationsbeauftragten in den Hamburger Kliniken.

„Auch wenn wir in Hamburg bei der Organspendebereitschaft vergleichsweise gut abschneiden, so gibt es dennoch weiter Handlungsbedarf. Deshalb suchen wir die Diskussion in der Öffentlichkeit“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Jeder sollte sich mindestens einmal im Leben mit der Organspende auseinandersetzen und sich dazu erklären. Deshalb spreche ich mich für die Erklärungslösung zur Organspende aus. Die von den Gesundheitsministerinnen und –ministern der Länder vorgeschlagene Regelung achtet das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung und findet auch in der Bevölkerung Zustimmung. Der Deutsche Bundestag sollte dem Beispiel der Länder folgen und eine fraktionsübergreifende breite Mehrheit für die Entscheidungslösung suchen.“

Im gesamten Bundesgebiet waren insbesondere Unsicherheiten im Umgang mit unklaren Patientenverfügungen zu beobachten, die dafür gesorgt haben, dass etliche Organspenden nicht realisiert wurden. Zur Vermeidung solcher Fälle unterstützt Hamburg die Einführung der Erklärungslösung, die vorsieht, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mindestens einmal im Leben mit der Bitte zur Erklärung der persönlichen Einstellung zur Organspende konfrontiert wird. Es gilt leider immer noch, dass nur wenige Menschen ihre Bereitschaft zur Organspende schriftlich in einem Organspendeausweis festlegen. Liegt dieser nicht vor, so sind es die Angehörigen, die um die Einwilligung zur Organentnahme bei einem Verstorbenen gebeten werden. Viele sind dabei unsicher, mit welcher Entscheidung sie dem Willen des Verstorbenen entsprechen. Eine klare Entscheidung der Verstorbenen entlastet also auch die Angehörigen in der Phase der Trauer, nach dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen zu entscheiden.

Die Einschätzung zur Erklärungslösung teilt auch die Mehrheit der Norddeutschen. In einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse sprach sich jeder Zweite für die Erklärungslösung aus, während 21 Prozent der Befragten sogar die weitergehende Widerspruchslösung befürworteten. Die Umfrage zeigte auch, dass vier von fünf Norddeutschen der Organspende positiv gegenüberstehen, sich allerdings jeder Dritte nicht ausreichend informiert fühlt, um selbst Organspender zu werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv



Presseinformation

07.11. 2011/bsb07

Betriebliche Berufsausbildung steht hoch im Kurs: Hamburg ist ein Bewerbermarkt

Top Ergebnisse: Hamburger Ausbildungsmarkt 2011

Am 07.11.2011 stellten die Agentur für Arbeit Hamburg, die Handelskammer Hamburg und die Handwerkskammer Hamburg ihre jeweiligen Bilanzen zum heimischen Ausbildungsmarkt vor. Beteiligt waren auch das Hamburger Institut für Berufliche Bildung und die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Geschäftsbilanz der Arbeitsagentur weist 9.666 gemeldete Berufsausbildungsstellen aus, von denen bis auf 99 alle besetzt werden konnten. Dies ist ein leichter Anstieg (+ 1,0%) des guten Vorjahresergebnisses. Einen starken Zuwachs gibt es auf der Bewerberseite: 7.429 Hamburger suchten über die Berufsberatung einen Ausbildungsplatz, das waren 14,4 % oder 937 mehr als im Vorjahreszeitraum. In der Bilanz der Arbeitsagentur wird über alle Branchen hinaus der Bewerber- und Ausbildungsstellenmarkt ausgewiesen.

Hans Martin Rump, Operativer Geschäftsführer in der Agentur für Arbeit Hamburg:

„Die Bilanzen sind beeindruckend, sie bekräftigen die hohe Ausbildungsbereitschaft der Hamburger Wirtschaft. Auf der Bewerberseite stellen wir fest, dass die Jugendlichen sich immer früher auf das Thema Berufsorientierung und –wahl einlassen. Auch das ist sehr positiv zu bewerten. Die stärkere Präsenz der Berufsberater wird hier deutlich, da sie regelmäßig und an jeder Hamburger Schule individuelle Sprechzeiten anbieten. Davon profitieren auch die Ausbildungsbetriebe, denn die Bewerber-Innen sind besser vorbereitet und lassen sich zudem auf alternative Berufe ein. Denn: Derzeit stürzen sich etwa 40 Prozent der Ausbildungsbewerber auf eine der Top 10 der Hamburger Ausbildungsberufe und lassen dabei die anderen 270 links liegen, dieser Zustand des Mismatches gilt es zu entschärfen. Weiterhin werbe ich für den Ausbildungsbeginn Februar 2011, zu dem wir aktuell

1.500 freie Ausbildungsplätze anbieten. Ausbildungsuchende können sich über Telefon 040 2485 1113 kurzfristigen zur Beratung anmelden. An die Eltern appelliere ich, ihre Kinder bei der Berufswahl zu unterstützen und Elternabende zur Berufsorientierung und –wahl anzunehmen.“

Bei der Handels- und der Handwerkskammer geht es um die unterzeichneten Ausbildungsverträge im Jahr 2011. Die Handelskammer Hamburg bilanziert das bisher beste Ergebnis seit 2000 mit 10.084 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Handwerkskammer begrüßt 2.541 neue Auszubildende in den Hamburger Handwerksbetrieben.

Andreas Bartmann, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg :

„Wir blicken auf ein sehr erfolgreiches Ausbildungsjahr 2011 zurück: Mit 10.084 neuen Ausbildungsverträgen liegen wir etwa zwei Prozent über dem Wert des gleichen Vorjahreszeitraumes und nur 100 Verträge unter dem Rekordjahr 2008. Besonders erfreulich ist, dass sich dieser positive Trend durch fast alle Branchen zieht. Diese hervorragende Ausbildungsbilanz hätte sogar noch besser ausfallen können, wenn wir die rund 300 offenen Lehrstellen mit qualifizierten Bewerbern hätten besetzen können, die nun verfallen sind. Doch der demografische Wandel hat uns im Umland erfasst und es erscheint fraglich, ob dieses hohe Niveau auch in den Folgejahren gehalten werden kann.“

Josef Katzer, Präsident Handwerkskammer Hamburg

Im Hamburger Handwerk wurden 2.541 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Obwohl es 2011 kein Sofortprogramm für geförderte Ausbildung gab, sind die nur 0,7% weniger als im Vorjahr. "Die Betriebe haben den Rückgang bei den außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen wettgemacht", sagt Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg. "Denn so gut wie 2011 waren die Lehrstellenchancen im Handwerk seit Jahren nicht mehr. Und das Ausbildungsplatzangebot entwickelt sich weiter sehr dynamisch: Unsere Lehrstellenbörse listet schon jetzt 270 Ausbildungsplätze für das Jahr 2012, das sind 28% mehr als vor einem Jahr." Die noch freien Lehrstellen bieten allen Jugendlichen die Chance ihren Traumberuf im Handwerk zu finden. Erfreulich ist es, dass sich immer mehr Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen für das Handwerk entscheiden: "In diesem Jahr ist der Anteil unserer neuen Lehrlinge mit Fachhochschulreife oder Abitur auf den Rekordwert von 13,6% gestiegen", so Katzer. "Wir freuen uns, dass junge Leute das Handwerk als moderne Berufswelt neu für sich entdecken. Diesen Trend werden wir mit unseren Angeboten zur schulischen Berufsorientierung und mit unserer Image-Kampagne weiter fördern."

Rainer Schulz, Geschäftsführer des HIBB

„Die Attraktivität der dualen Ausbildung wird durch die Reform der Beruflichen Bildung deutlich erhöht. Seit Schuljahresbeginn 2011/2012 können Hamburger Auszubildende mit einem guten mittleren

Schulabschluss ausbildungsbegleitend ihre Zugangsberechtigung zur Fachhochschule erlangen. Dual Plus Fachhochschulreife, so heißt die Maßnahme, wird flächendeckend an allen Hamburger Berufsschulen angeboten.

Mit einer weiteren Reformmaßnahme macht Hamburg einen wichtigen Schritt, um auch bildungsbenachteiligten Jugendlichen den Zugang in die Berufsausbildung zu erleichtern. In der begleiteten Ausbildungsvorbereitung haben wir seit Schuljahresbeginn erstmals alle Schulabgänger erfasst, die noch keine Ausbildungsreife und keinen Ausbildungsvertrag haben. An 20 Schulstandorten werden derzeit in Kooperation mit Hamburger Betrieben 2.065 Jugendliche für eine duale Ausbildung vorbereitet. Keiner soll verloren gehen!“

UVNord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich:

„Für die Hamburger Unternehmen hat sich die Bewerbersituation verändert. Die große und übliche Anzahl von Bewerbungen blieb bereits aus. Fast 60 % der Unternehmen berichten, dass es spürbar schwieriger geworden ist Ausbildungsplätze zu besetzen. Sie definieren ihre Anforderungen daher neu, um der Fachkräfteverknappung, die aufgrund der Beschäftigungslage und der Demographie absehbar zu einem Fachkräftemangel führen wird, entgegenzuwirken. Die gute Nachricht für die Schulabgänger: Die Ausbildungsplatzsuche wird einfacher.

Zudem freue ich mich, dass das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung bis 2013 fortbesteht. Die Begleitung der Reform des Übergangssystems Schule-Beruf ist für alle Akteure eine wichtige Aufgabe, um Jugendliche und Unternehmen zukünftig noch besser zusammenzubringen. In Hamburg besteht eine hervorragende Kultur der Zusammenarbeit die bundesweit ihresgleichen sucht.“

Hanno Hansch und Frank Bertram, Geschäftsführer des Restaurants Slowman:

„Nachhaltig produzierte und fair gehandelte Lebensmittel, Kooperationen mit jungen, regionalen Unternehmen und die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sind als die zentralen Konzeptpunkte des slowman zu nennen. Außerdem steht das Koch-Handwerk im Vordergrund.

Die Auszubildenden und Praktikanten werden nicht anhand ihrer Zeugnisse ausgewählt, sondern nach ihren Sozialkompetenzen wie etwa Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit und einer positiven Arbeitseinstellung, denn „Arbeit schmeckt“!“

Übersicht der Ausbildungsbilanzdaten in Hamburg

	2011	2010
Agentur für Arbeit Hamburg		
• Ausbildungsstellen, zur Vermittlung gemeldet davon nicht besetzt	9.666 99	9.584 87
• gemeldete Bewerber nicht vermittelt	7.429 337	6.492 214
Handelskammer Hamburg		
• abgeschlossene Ausbildungsverträge	10.084	10.002
Handwerkskammer Hamburg		
• abgeschlossene Ausbildungsverträge	2.541	2.600

Top 10 der meistgesuchtesten Ausbildungsberuf Hamburger Bewerber

Gemeldete Bewerber in der Berufsberatung der Arbeitsagentur	7.429	100,0
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	565	7,6
Verkäufer/in	467	6,3
Bürokaufmann/-frau	431	5,8
Medizinische/r Fachangestellte/r	355	4,8
Kfz-Mechatroniker - PKW-Technik	238	3,2
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	216	2,9
Fachlagerist/in	207	2,8
Friseur/in	187	2,5
Tischler/in	156	2,1

Fachkraft - Lagerlogistik	153	2,1
Übrige Berufe	4.454	60,0

Pressekontakte:

Agentur für Arbeit Hamburg: Knut Böhrnsen 040 2485-2230

Handelskammer Hamburg: Dr. Jörn Arfs 040 36138302

Handwerkskammer Hamburg: Ina Diepold 040 35905227

HIBB: Dr. Angela Homfeld 040 42863-2842

UVNord: Sebastian Schulze 040-637851-23

Slowman: Herr Frank Bertram bzw.Hanno Hansch 040- 33 75 61

8. November 2011/bsb08

Schulsenator Rabe: Hamburgs Stadtteilschulen sollen als starke Alternative zu den Gymnasien etabliert werden

Schulsenator Ties Rabe hat auf dem ersten Jahresempfang der Hamburger Stadtteilschulen die Bedeutung dieser neuen Schulreform für Hamburg betont: **„Die Stadtteilschule ist richtig und wichtig – und sie ist eine starke Alternative zum Gymnasium. Denn sie bietet Kindern und Jugendlichen eine maßgeschneiderte Schulkarriere, bietet ihnen Chancen für die Zukunft, für das Leben.“** Rund 250 Mitglieder von Schulleitungen und Abteilungsleitungen waren gestern unter dem Motto „Vielfalt ist Reichtum – Ein Jahr gemeinsames Leitbild der Stadtteilschulen“ in der Handwerkskammer zusammen gekommen, auch um sich zum Thema „Kompetenzorientiertes Unterrichten“ zu informieren und auszutauschen.

Senator Rabe bedankte sich für die außerordentliche Leistung der Schulleitungen und Kollegien bei der Gründung der Stadtteilschulen und in Zusammenhang mit den Planungen und Umplanungen vor und nach der Schulreform: **„Sie haben viel mitgemacht in den vergangenen Jahren. Sie hatten viel zu tun und Sie haben es gut gemacht. Dafür möchte ich Ihnen zuallererst meinen Dank aussprechen!“**

Der Hamburger Senat habe bekanntlich auch die Stadtteilschulen zu einem Schwerpunkt seines Arbeitsprogramms gemacht. So sollen alle Stadtteilschulen ein Ganztagsangebot bekommen und die Berufsorientierung sowie der Übergang Schule-Beruf sollen so gestärkt werden, dass jeder Jugendliche später eine Berufsausbildung erfolgreich absolviert (oder aber Abitur macht).

Hamburg hat in diesem Schuljahr 54 (staatliche) Stadtteilschulen, die seit dem Schuljahr 2010/11 aus den früheren Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen und den Aufbau-Gymnasien entstanden sind. Mit aktuell über 49.000 Schülerinnen und Schülern ist sie die schülerstärkste weiterführende Schulform. Der Entwurf des Schulentwicklungsplans 2012 schlägt die Gründung von zwei weiteren Stadtteilschulen in Meiendorf und auf der Veddel (Slomanstieg), sowie von drei neuen Zweigstellen in Rissen (Stadtteilschule Blankenese), Uhlenhorst (Stadtteilschule Heinrich-Hertz-Schule) und Harburg-Maretstraße (Stadtteilschule Harburg) vor. Zudem sollen viele Stadtteilschulen erweitert werden oder in ganz neue Gebäude umziehen.

An Stadtteilschulen können **alle Schulabschlüsse** gemacht werden, vom „Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss“ (früher: Hauptschulabschluss) über den „Mittleren Allgemeinbildenden Schulabschluss“ (früher: Realschulabschluss) bis zum Abitur. Dabei haben die Schülerinnen und Schüler **ein Jahr mehr Zeit bis zum Abitur**: Die Prüfungen finden im 13. Schuljahr (statt im 12. Schuljahr wie am Gymnasium). Unterrichtet wird in **kleineren Klassen**, denn in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sind höchstens 23 Kinder in einer Klasse, in den Klassenstufen 7 bis 10 höchstens 25. Es gibt keine Abschulung nach Jahrgangsstufe 6. Besonders unterstützt werden die Schülerinnen und Schüler durch eine **intensive Berufs- und Studienorientierung**. 36 der 54 Stadtteilschulen verfügen schon jetzt über ein **Ganztagsangebot**.

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

11. November 2011/bsb11

100 Jahre Staatliche Gewerbeschule Energietechnik „G10“ Festakt und Tag der offenen Tür am 11. 11.2011

Die Staatliche Gewerbeschule Energietechnik – kurz „G10“ – feiert ihr 100-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand am 11. November 2011 im Gebäudekomplex der G10 in der Museumstraße 19 ein bunter Tag der offenen Tür rund um die berufliche Bildung im Berufsfeld Elektrotechnik und Informatik statt. Beim Jubiläums-Festakt im benachbarten Altonaer Theater sprachen der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, **Olaf Scholz**, der Schulleiter der G10, **Dr. Thomas Berben**, sowie **Prof. Peter Michaelis** und **Prof. Thomas Vollmer** zu den Gästen.

Im Jahr 1911 beschlossen die Vertreter der elektrotechnischen Vereinigung, der Gewerbekammer und der Schulbehörde der Stadt Altona in der Gewerbeschule eigenständige Fachklassen für Elektrotechnik einzurichten. Aus dieser Keimzelle von damals 80 Lehrlingen wuchs die G10, die heute ca. 1.600 Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Teilzeit- und Vollzeitformen der beruflichen Schule in den Berufsfeldern Elektrotechnik und Informatik ausbildet. Derzeit sind 87 Mit-arbeitende an der G10 beschäftigt. Ihnen dankte **Thomas Berben** in seiner Festrede für ihre Arbeit: „Das Kollegium dieser Schule zeichnete sich immer schon durch Innovationsfreude und Engagement aus und wurde entsprechend von der Schulleitung gefördert. Das schließt selbstverständlich alle mit ein - von unseren guten Seelen im Büro über das technische Hauspersonal und technischen Mitarbeitern bis zu allen Lehrerinnen und Lehrern.“

Die Gewerbeschule ist engagiert im Stadtteil vernetzt und arbeitet mit drei Stadtteilschulen in der Berufsorientierung zusammen. Zwei weitere Reformmaßnahmen der beruflichen Bildung in Hamburg, die Maßnahme „Berufsqualifizierung“ sowie „Dual Plus Fachhochschulreife“, werden an der G10 seit diesem Jahr umgesetzt. Dies lobte **Olaf Scholz** in seiner Festansprache: „Wir leben in einer Wissens- und Informationsgesellschaft. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, brauchen wir mehr Durchlässigkeit in allen Bildungsbereichen. Dazu tragen Gewerbeschulen maßgeblich bei, indem sie es zum Beispiel ermöglichen, parallel zur dualen Ausbildung die Fachhochschulreife nachzuholen – und damit die Möglichkeit zu studieren.“ Ziel der Berufsqualifizierung ist es, Jugendlichen mit einem Schulabschluss, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, den Zugang zu einer dualen Ausbildung zu ermöglichen. Scholz: „Auch diese Schule macht dabei mit, indem sie Jugendliche unter ihre Fittiche nimmt und ihnen eine Berufsausbildung zum Elektroniker oder zur Elektronikerin,

Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik anbietet. Wir wollen niemanden zurücklassen, das ist unser Ziel.“

Als eine Schule die das Thema Energietechnik bereits im Titel trägt, wird die G10 diesen Schwerpunkt in den nächsten Jahren stärken und ausweiten. Bereits heute ist die Schule gut mit Unternehmen und Initiativen vernetzt, die im Bereich neuer Energiekonzepte und erneuerbarer Energien aktiv sind. Zu diesem Zweck beteiligt sich die G10 unter Anderem an den Aktivitäten des Fördervereins für das Cluster Erneuerbare Energien und des Norddeutschen Windenergieverbands. Mit ihrem Profil bildet die G10 somit dringend benötigte Fachkräfte für den Energie-technikmarkt von morgen aus.

Für Rückfragen der Medien:

Hamburger Institut für Berufliche Bildung Dr. Angela Homfeld, Öffentlichkeitsarbeit Tel. (040) 428 63 – 2842 E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de Internet: www.hibb.hamburg.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

8. November 2011/bsu08

Hamburg bekommt neue Abwassergebühren

Senat beschließt Einführung des Gebührensplittings

Der Senat hat heute über einen Gesetzentwurf zur Einführung getrennter Sielbenutzungsgebühren für die Schmutz- und Regenwasserbeseitigung entschieden. Danach werden diese Gebühren künftig getrennt berechnet. Bisher war die Berechnung für die Beseitigung von Schmutz- und Regenwasser an die Menge des verbrauchten Frischwassers gekoppelt. Das bleibt für Schmutzwasser zwar auch weiterhin so bestehen, für Regenwasser richtet sich die Gebühr aber in Zukunft nach der Größe der versiegelten Fläche auf dem Grundstück, über die Regenwasser ins Sielnetz eingeleitet wird. Damit werden die Gebühren gerechter verteilt und Anreize gegen die zunehmende Flächenversiegelung geschaffen.

Nachdem die Bürgerschaft im letzten Dezember die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen hatte, bat HAMBURG WASSER alle Grundstückseigentümer zu prüfen, ob die per Luftbildauswertung ermittelten versiegelten Flächen tatsächlich in das städtische Sielnetz entwässern. Hierbei bestätigte sich die hohe Qualität der Luftbildauswertung. Bei weniger als 1 % der gebührenrelevanten versiegelten Flächen wurden Fehler bei der Luftbildauswertung festgestellt und entsprechend den Angaben der Eigentümer korrigiert. Seit gestern informiert HAMBURG WASSER die Grundstückseigentümer mit Ergebnisschreiben offiziell über die Flächen, für die Gebühren erhoben werden. Diese Schreiben werden bis Ende des ersten Quartals 2012 verschickt.

Bei der Gebühreumstellung handelt es sich um eine reine Umverteilung der Kosten, die bei der Abwasserbeseitigung anfallen. Vom Gebührensplitting profitieren insbesondere Familien und Mieter, weil sie in der Regel verhältnismäßig wenig versiegelte Flächen nutzen.

Der Gesetzentwurf des Senats liegt jetzt den Kammern und Verbänden zur Stellungnahme vor. Voraussichtlich Anfang nächsten Jahres wird sich dann die Bürgerschaft mit dem neuen Gesetz befassen. Mehr dazu im Internet unter: www.hamburgwasser.de

Kontakt:

HamburgWasser, Matthias Sobottka, 040-7888-2412, matthias.sobottka@hamburgwasser.de;

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-42840-3249,
volker.dumann@bsu.hamburg.de.

8. November 2011/bwvi 08

Weichenstellung für den Innovationsstandort Hamburg:

Senat beschließt weitreichenden Ausbau der Elektromobilität

Hamburgs Zukunft fährt elektrisch. Gemäß dem Grundsatz „Stärken stärken!“ hat der Senat heute beschlossen, auf Basis der in Hamburg erfolgreich umgesetzten ersten Phase der Elektromobilität die Aktivitäten bei der Marktvorbereitung für elektrische Antriebe konsequent fortzusetzen und nochmals erheblich auszuweiten. Bislang werden bei Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Institutionen in Hamburg rd. 350 Elektrofahrzeuge erprobt. 200 Ladeplätze für E-Autos, davon hundert im öffentlichen Straßenraum in allen sieben Hamburger Bezirken, sind mittlerweile installiert und in Betrieb genommen.

Vor diesem Hintergrund hat der Senat heute beschlossen, dass Hamburg sich für die Realisierung eines „Schaufensters Elektromobilität“ im Rahmen des vom Bund zwischenzeitlich gestarteten wettbewerblichen Verfahrens um Fördermittel bewerben wird. Es ist beabsichtigt, für die Umsetzung dieses ambitionierten Programms in den kommenden Jahren aus dem Hamburger Haushalt Komplementärmittel in Höhe von 10,4 Mio. Euro bereitzustellen. Das Gesamtprojektvolumen in Hamburg würde bei einer erfolgreichen Bewerbung als „Schaufenster“ mindestens 50 Mio. Euro betragen.

Bürgermeister Olaf Scholz: „Unsere heutige Entscheidung ist ein Signal an Industrie, Politik und Gesellschaft, dass der Innovationsstandort Hamburg seine Verantwortung bei der Etablierung schadstoffarmer Antriebe wahrnehmen wird. Hamburg verfügt über ein außerordentlich hohes Potenzial für den Einsatz dieser Technologien. Ich bin überzeugt, dass die auf Elektromobilität gerichteten Konzepte und Strategien wichtige Impulse für die Hamburger Wirtschaft, den Mittelstand und selbstverständlich auch für unsere gesamte Stadt- und Verkehrsentwicklung liefern werden.“

Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Elektromobilität kann zu einem sehr dynamischen Zukunftstreiber in einigen der für den Standort Hamburg besonders wichtigen Sektoren werden. Im Hafen, in der Logistik oder in der Verbindung neuartiger Mobilitätsangebote mit unserem ÖPNV-System bieten sich jede Menge Optionen, die wir konsequent nutzen werden. Hiermit fördern wir Innovation, entlasten die Umwelt, indem wir Luftqualität verbessern und Lärmemissionen reduzieren, und stärken die Position Hamburgs im internationalen Wettbewerb der Regionen. Mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in zweistelliger Millionenhöhe ist ein klares Mandat verbunden, das Thema systematisch voranzubringen. Es ist zugleich eine Botschaft an die Bundesregierung: *bei den Ausbauplänen zur Elektromobilität können Sie sich auf den Partner Hamburg in jeder Hinsicht verlassen.*“

Hintergrund:

Der Bund beabsichtigt, in den kommenden drei Jahren in bis zu fünf ausgewählten Regionen die verstärkte Einführung und Akzeptanz von Elektroautos zu testen. In sogenannten „Schaufenstern“ soll ein besonders hoher und sichtbarer Anteil von Elektrofahrzeugen am Gesamtverkehr eine positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit bewirken. Neben der bedarfsgerechten Entwicklung der

Ladeinfrastruktur sind auch neue Geschäftsmodelle und nachhaltige Konzepte für eine Mobilität der Zukunft - unter anderem im intermodalen Verkehr - gefragt. Insgesamt stellt die Bundesregierung hierfür bis Ende 2013 ein Volumen in Höhe von 180 Mio. Euro zur Verfügung, Bis 16. Januar 2012 können sich Zusammenschlüsse aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Städten bewerben; im kommenden Mai will die Bundesregierung festlegen, wer Schaufenster wird.

Hamburg hat bislang als eine von acht bundesdeutschen Modellregionen eine erste Ausbaustufe der Elektromobilität vor Ort realisiert. Mit einer anteiligen Förderung aus Mitteln des Konjunkturpakets II des Bundes in Höhe von rd. 8,5 Mio. Euro und einem Netzwerk sehr engagierter Industrie- und Mobilitätspartner (Daimler, Renault, Karabag, DB Rent, Hamburg Energie, Vattenfall, Hamburger Hochbahn, HVV) ist es gelungen, bis Jahresende 2011 einen Status von 350 Fahrzeugen (Klein-Pkw, kleine Lieferfahrzeuge, Transporter, Busse) und 200 Ladeplätzen (100 auf öffentlichen Flächen im Straßenraum oder P+R, weitere 100 auf Werks- oder Privatgelände) zu erreichen. Die Vorgaben des Senats, dass an den Ladesäulen im öffentlichen Raum ausschließlich Ladestrom aus regenerativer Energie eingesetzt wird, die Nutzung der Säulen für alle Stromvertriebe und deren Kunden frei zugänglich sein soll (diskriminierungsfreier Zugang) und eine Stadtbildverträglichkeit an den Ladestandorten sicherzustellen ist, wurden konsequent umgesetzt. P Aus Sicht des Senats liegen die Potenziale und Chancen der Elektromobilität in den Bereichen Umweltschutz, Stadtentwicklung, Wertschöpfung, internationale Wahrnehmung und Attraktivität für Hamburg. Mit der Koordinierung aller Maßnahmen hat der Senat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sowie die hySOLUTIONS GmbH als die zentrale Koordinierungs- und Projektleitstelle beauftragt. Zugleich sind zahlreiche Fachbehörden in die Umsetzung von Prüfaufträgen eingebunden, die sich u.a. mit folgenden Handlungsfeldern befassen:

- Erhöhung des Anteils von batterieelektrischen und mit Brennstoffzellen betriebenen Fahrzeugen in den Fuhrparks der Behörden, der Polizei und Feuerwehr und der öffentlichen Unternehmen; Ausbau der Ladeplätze für E-Fahrzeuge an öffentlichen Gebäuden;

- Einführung quartiersbezogener Fahrzeugpools mit batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften und bei der Projektentwicklung im Bereich freier Träger;
- Überprüfung bauplanungsrechtlicher Regelungen zwecks Förderung der Errichtung von Ladeplätzen für E-Fahrzeuge im Gebäudezusammenhang; Einführung entsprechender Wertungskriterien bei der städtischen Grundstücksvergabe;- Kopplung der Fahrzeug-Kennzeichnung an den Einsatz Erneuerbarer Energien und Verbesserung der Zugänglichkeit zu Ladeplätzen im öffentlichen Straßenraum;- Stärkung und Ausbau wissenschaftlicher Ressourcen und Kompetenzen;
- Einbeziehung und Erweiterung der Aktivitäten auf das Gebiet und die Partner der Metropolregion Hamburg;
- Intermodale Konzepte in Verbindung mit dem ÖPNV sowie Konzepte für das Taxengewerbe.

Das Hamburger Konzept für eine Schaufensterbewerbung wird derzeit mit Industriepartnern, wissenschaftlichen Institutionen und den maßgeblichen künftigen Fahrzeugnutzern unter Federführung von BWVI und hySOLUTIONS erarbeitet.

Rückfragen:
Susanne Meinecke, Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,
Tel. (040) 428 41 2239, Mail: susanne.meinecke.bwvi.hamburg.de

11. November 2011/bwvi11

Senator Horch zur geplanten Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Seeschifffahrt

Mitte letzten Jahres hat die Bundesregierung die Halbierung der Finanzhilfen des Bundes zur Senkung der Lohnnebenkosten für dieses Jahr angekündigt. Bei den Beratungen über den Haushalt für das Jahr 2012 hat der Haushaltsausschuss des Bundes gestern beschlossen, die Mittel für den Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt um 29,1 Millionen Euro zu erhöhen.

Damit wäre der alte Finanzierungsstand wiederhergestellt. Senator **Frank Horch**, der sich dafür sehr eingesetzt hat und bei der letzten Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven im entsprechenden Workshop als Vertreter der Küstenländer saß, zeigte sich erleichtert über diese Nachricht: „Aus meiner ist Ausbildung essentielle Voraussetzung für die Zukunftssicherung der maritimen Wirtschaft. Der Wegfall der Finanzhilfen des Bundes hätte klar negative Auswirkungen auf den Schifffahrtsstandort Deutschland gehabt. Das habe ich bei der Maritimen Konferenz deutlich vertreten. Aufgrund von Ausfluggung sinkt nicht nur die Beschäftigung deutscher Seeleute. Es wirkt sich insbesondere im Bereich der Ausbildung aus. Die überwiegende Mehrheit der Ausbildung Findet unter deutscher Flagge statt und sichert nachhaltig das maritime Know-How am maritimen Standort Deutschland.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

11. November 2011/bwvi11a

Gutes Zeichen für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages hat der Haushalts-Ausschuss am 10.11.11 im Rahmen der Aufstockung des Verkehrsetats auch die Mittel für die 5. Schleusenkammer der Schleuse Brunsbüttel genehmigt. Damit stehen von 2012 bis 2016 60 Mio. € p.a. für die voraussichtlichen Gesamtkosten von 300 Mio € zur Verfügung. Das ist ein sehr positives und lange erhofftes Signal, da der Neubau unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft insgesamt und insbesondere für die norddeutschen Häfen von essentieller Bedeutung ist.

Senator Horch begrüßt die Entscheidung deshalb sehr: „Elbe und Nord-Ostsee-Kanal sind wasserseitig die Hauptschlagadern der Metropolregion Hamburg. Sie ermöglichen einen schnellen Zugang zu den skandinavischen Märkten und –über die Nordsee in den gesamten Atlantikraum. Die Ausbauprojekte beider Wasserstraßen sind daher von ungemeiner Bedeutung für Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Entscheidung im Haushaltsausschuss zeigt, dass sich der Bund zu dieser Verantwortung bekennt und seinen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Standortes leisten will.“

Damit könnte Anfang 2012 mit den Baumaßnahmen begonnen werden. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde geht davon aus, dass es seitens des Bundes ein Zeichen dafür ist, auch die weiteren für die Zukunftsfähigkeit des NOK unumgänglichen Maßnahmen in Angriff nehmen zu wollen. Das sind:

- Komplettsanierung der alten großen Schleusen (97 Jahre!),
- Anpassung der Oststrecke zwischen Königsförde und Kiel-Holtenau,
- Vertiefung des Kanals auf der Gesamtstrecke um einen Meter (von 11 auf 12 Meter Wassertiefe),
- Sanierung der Holtenauer Schleusen,
- Neubau der Levensauer Hochbrücke im Rahmen der Anpassungsmaßnahmen der Oststrecke,
- Neubau einer Großweiche im Bereich Oldenbüttel.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

8. November 2011/jb08

Justizsenatorin Jana Schiedek fordert verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Ein Blick in das Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität 2010 zeigt: Wirtschaftsstraftaten verursachen jedes Jahr einen Schaden von 4,66 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Hälfte des Schadens, der in der Polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt ausgewiesen wird.

„Angesichts der erheblichen Schäden, die der Volkswirtschaft jedes Jahr durch Wirtschaftskriminalität entstehen, ist es unerlässlich, deren Bekämpfung zu verbessern. Die laufende Aufarbeitung der Finanzkrise zeigt, dass die derzeitigen Ansätze ungenügend sind. Mit der Bekämpfung Wirtschaftskriminalität schützen wir nicht zuletzt diejenigen, die sich im Geschäftsverkehr redlich verhalten“ erklärte **Justizsenatorin Jana Schiedek** und ergänzte: „Die verbesserte Bekämpfung ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir müssen vermeiden, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entsteht, dass wir die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen.“

Im Vorfeld der morgigen **Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (9. November 2011 in Berlin)** benannte die Justizsenatorin Bereiche, in denen etwas getan werden müsse.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Wir müssen das Recht der Vermögensabschöpfung vereinfachen. Die derzeitige Gesetzeslage ist viel zu kompliziert und ungerecht.“ Es muss für die Geschädigten einfacher werden, ihr Geld zurückzufordern. Bisher kann sein Geld nur wiederbekommen, wer zuvor bei einem Zivilgericht seinen Anspruch geltend gemacht hat. Diesen langen und schwierigen Weg gehen viele Geschädigte nicht. Das Geld, das nicht abgefordert wird, bekommt grundsätzlich der Täter zurück. Dies muss verhindert werden.

Ein weiterer Bereich betrifft den gesetzlichen Schutz von Hinweisgebern: „Zur Aufdeckung und Aufklärung von gravierenden Fehlverhalten in Unternehmen sind wir auf die Hinweise der Mitarbeiter angewiesen. Die dürfen wir dann aber nicht im Regen stehen lassen“ fordere Jana Schiedek. Deshalb brauchen wir eine gesetzliche Absicherung der Rechtsstellung von Hinweisgebern, um sie vor arbeits- und strafrechtlichen Risiken zu schützen. Das geltende Recht ist dazu unzureichend.

Aber auch bezüglich der Einführung einer Verbandsstrafe besteht gesetzgeberischer Nachholbedarf: „Wir müssen in Deutschland ein Unternehmensstrafrecht einführen“ forderte Jana Schiedek. Bislang wird gegen juristische Personen, die von solchen Straftaten nicht unerheblich profitieren, nur auf der Basis des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (§§ 30, 130 OWiG) vorgegangen. Die davon ausgehende Signalwirkung ist unzureichend. Derzeit entsteht der Eindruck, dass es sich um Kleinigkeiten handelt. Zahlreiche andere Länder (Frankreich, Großbritannien, Polen, Österreich, Spanien, die Niederlande, die skandinavischen Länder, die Ukraine, Schweiz) sind da weiter.

Weitere Bereiche betreffen die Einführung eines bundesweiten Registers für vergaberelevante Informationen, die intensivere Korruptionsbekämpfung, eine nachhaltige Bekämpfung unlauterer Gewinnversprechen und nicht zuletzt die vorsätzliche Verletzung kaufmännischer Prüf- und Informationspflichten: „Das Bundesverfassungsgericht hatte den Tatbestand der Untreue bei Risikogeschäften stark eingeschränkt. Es ist nun Aufgabe des Gesetzgebers, waghalsige und weit jenseits kaufmännischer Vernunft liegende Finanzexperimente zu Lasten der Allgemeinheit zu unterbinden“ betonte Jana Schiedek.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

9. November 2011/jb09

Justizsenatorin Jana Schiedek zu den Ergebnissen der Justizministerkonferenz

Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verbessern

Auf der heutigen Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Berlin zeigt sich Justizsenatorin Jana Schiedek zufrieden über den Erfolg ihrer Initiative zur verbesserten Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. „Kriminelles Unrecht darf sich nicht lohnen. Der Täter darf nach der Tat nicht besser stehen als zuvor. Wir haben zahlreiche Bereiche aufgezeigt, in denen dringend etwas getan werden muss. Ich freue mich, dass die Justizministerkonferenz das mehrheitlich ebenso sieht“ sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Arbeitnehmerdatenschutz verbessern

Des Weiteren erinnert die Justizministerkonferenz auf Initiative Hamburgs die Bundesregierung mit breiter Mehrheit daran, dass ein Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmerdaten überfällig ist.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Wir müssen dringend den Arbeitnehmerdatenschutz verbessern. Wesentliche Grundfragen sind derzeit ungelöst. Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin muss sich endlich bewegen.“

Personenbezogene Daten der Arbeitnehmer können in nahezu unbegrenztem Umfang gespeichert werden. Das geltende Recht hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Es kennt nur wenige gesetzliche Vorschriften, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Das bewirkt eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die vor allem zulasten der Beschäftigten geht. Der in wesentlichen Punkten unzureichende Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt zurzeit auf Eis. Die Koalition in Berlin blockiert sich gegenseitig. Der Bundesrat hatte im vergangenen Jahr insbesondere auf Initiative Hamburgs zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingebracht. Diese müssen nun umgesetzt werden.

Sicherungsverwahrung

Ein Vorschlag der Bundesjustizministerin zur nachträglichen Therapieunterbringung wurde auf der Herbstkonferenz erneut vermisst.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Es wäre fahrlässig, die vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Spielräume nicht zu nutzen. Es wird auch zukünftig Einzelfälle geben, in denen sich erst während oder

nach der Strafhaft ergibt, dass jemand unter einer psychischen Störung leidet und hochgradig gefährlich ist. Dafür brauchen wir eine gesetzliche Regelung.“

Im Nachgang zur Sonderkonferenz der Justizminister zur Sicherungsverwahrung im September hatten die Länder mehrfach vergeblich versucht, mit dem Bund eine Einigung zu erreichen. Mit breiter Mehrheit wurde heute seitens der Länder von der Bundesjustizministerin eine solche Regelung gefordert.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

08. November 2011/pr08

50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen: „Auslöser für die Öffnung der deutschen Gesellschaft“

Bürgermeister Scholz unterstreicht Arbeit des Senats für Integration und appelliert zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei vor 50 Jahren als Auslöser für die Öffnung der deutschen Gesellschaft gewürdigt. „Diese gesellschaftliche Öffnung gilt es heute zu würdigen, weniger das Anwerbeabkommen selbst“, sagte Scholz am Dienstag bei einem Empfang im Hamburger Rathaus.

Aus heutiger Sicht wirke das Abkommen eher wie ein Integrationsverhinderungsgesetz, sagte Scholz mit Hinweis beispielsweise auf die damals festgeschriebene Befristung des Aufenthalts in Deutschland auf zwei Jahre. „Heute wirkt es fast paradox, dass dieses Dokument der Ausgang war für 50 Jahre gemeinsamer Geschichte von Deutschen und Türkeistämmigen in der Bundesrepublik. Heute versuchen wir, es anders zu machen: Wir wollen, dass Sie bleiben.“

Hamburgs Erster Bürgermeister wies in diesem Zusammenhang auf die Arbeit des Senats hin zu einer wirkungsvolleren Integration hin. Das Thema Sprache stehe dabei an erster Stelle: „Denn nur wer die Verkehrssprache eines Landes beherrscht, kann an der Gesellschaft teilhaben, kann sich im deutschen Behördenschwung orientieren, unterschiedliche Bildungswege einschlagen, einen Beruf ergreifen, auf eigenen Beinen stehen – kurz: heimisch werden.“ Die Ergebnisse der Einbürgerungstests sprächen für sich: „85 Prozent der Teilnehmer von Integrationskursen in Hamburg können ausreichend Deutschkenntnisse für den Alltagsgebrauch nachweisen.“

Der Senat habe sich zum Ziel gesetzt, „dass jede und jeder Jugendliche die Berufs- und Ausbildungsreife und - wo immer möglich - auch die Studienreife erlangt. Erfreulicherweise ist die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Hamburg rückläufig. Aber noch immer verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Sie müssen ihn daher jederzeit – auch tagsüber – nachholen und eine Ausbildung beginnen können“, sagte Scholz. Der Ausbau aller Stadtteilschulen zu Ganztagschulen, kleinere Klassen und mehr individualisiertes Lernen sollten sicherstellen, dass niemand die Schule ohne einen Abschluss verlassen muss.

Scholz forderte, es müsse auch für Familien mit Migrationshintergrund selbstverständlich sein, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken. „Weil sie dort vielfältige Anregungen erhalten, Freunde finden und ganz nebenbei Deutsch lernen.“ Das sei auch eine Frage des Geldes: „Deshalb haben wir die Erhöhung der Kita-Gebühren wieder zurückgenommen. Das hat für viele Eltern eine sofortige spürbare Entlastung in ihrem Familienbudget herbeigeführt.“

Hamburgs Erster Bürgermeister appellierte an Migrantinnen und Migranten, falls möglich die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen: „Wir brauchen Sie: in der Verwaltung, als Angestellte, als Unternehmer, aber eben auch als Wähler und als Gewählte. Die deutsche Staatsbürgerschaft versetzt Sie in die Lage, Ihre eigenen Interessen, aber auch die aller Hamburgerinnen und Hamburger, zu vertreten, Teil unseres gesellschaftlichen Systems zu werden und dieses zu verändern und weiterzuentwickeln. Nutzen Sie diese Möglichkeit! Das ist Demokratie. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen: Das ist anstrengend, aber es macht Spaß“, sagte Scholz.

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

10.11.2011/kb10

Hamburger Unternehmer aus der Kultur- und Kreativwirtschaft ausgezeichnet

Fünf Hamburger Geschäftsideen erhalten den Titel „Kultur und Kreativpiloten Deutschland 2011“

Fünf kreative Ideen aus **Hamburg** werden heute im Rahmen des Wettbewerbs „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland 2011“ ausgezeichnet. Bei dem zum zweiten Mal durchgeführten Wettbewerb prämiert die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung kreative Köpfe mit innovativen Geschäftsideen. Der Jury, bestehend aus Experten der Kultur- und Kreativbranche, kam es bei der Bewertung nicht nur auf schwarze Zahlen und Erfolgsstorys an, sondern auf die besondere unternehmerische Persönlichkeit. Bundesweit erhalten 32 innovative Geschäftsideen diesen Titel.

Für Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** ist die Auszeichnung eine Bestätigung der lebendigen kreativen Szene in Hamburg: „Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Hamburg. Sie steht aber auch vor besonderen Herausforderungen: Die meisten Kreativen und Kulturschaffenden sind Freiberufler oder arbeiten in kleinen Teams, oft ohne große betriebswirtschaftliche Vorkenntnisse. Die Auszeichnung hilft den Unternehmen, mit ihren Ideen auch wirtschaftlich noch erfolgreicher zu werden. Das gleich fünf Hamburger Unternehmen ausgezeichnet werden zeigt, wie lebendig und kreativ die Szene in Hamburg ist.“

Einer der Hamburger Preisträger ist Steffen Persiel, der unter dem Label **Axel Hüpf** eine ganze Produktpalette entwickelte, die humorvoll gegen lästige Werbung wirkt. Wer zur Anti-Werbepostkarte greift und einem Werbetreibenden die Nutzung seiner Adressdaten untersagen will, kreuzt einfach die vorformulierten Textbausteine an. Für Facebook-Fans gibt es den „Gefällt mir“-Button zum Stempeln sowie die „Facecard“ für wichtige Statusmeldungen auf dem klassischen Postwege.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde das Produktionsprinzip von der Design-Manufaktur **Lockengelöt**, die in Handarbeit Alltagsgegenständen neues Leben einhauchen. Seit 2004 werden zum Beispiel Ölfässer zu Schranksystemen, farbige Schallplatten zu Wandleuchten oder Bücher zu Garderoben umgebaut. Im Keller ihres Ladens auf St. Pauli entwickeln die Geschäftsführer Carsten Trill und Dennis Schnelting, zusammen mit ihrem ersten Angestellten Michael Braak, neue Ideen, stellen die Produkte her und wickeln den Versand ab. Inzwischen beliefern sie rund hundert Geschäfte – auch außerhalb Deutschlands.

Weitere Gewinner aus Hamburg sind: Sophie Pester, die mit **hello handmade** ein Netzwerk für handgemachtes Design jenseits der Stange ins Leben rief, Magdalena Bössen, die mit **textouren** eine Schnittstelle zwischen Kultur und Stadterlebnis schafft sowie Jakob Felix Groothoff und Eva Schmid, in deren virtueller Künstler-WG (**VILLA HANSEPLATTE**) Besucher ihren Lieblingsmusikern ganz nahe kommen.

Die Hamburger Preisträger werden zusätzlich am **Dienstag, den 15.11. um 10 Uhr** in der „Hamburger Botschaft“, Sternstraße 67, 20357 Hamburg bei einem **Pressefrühstück** präsentiert, zu dem das Institut für unternehmerisches Denken und Handeln e. V. herzlich einlädt.

Die Gewinner erhalten heute die Auszeichnung aus der Hand des Staatsministers und Beauftragten der Bundesregierung für Kultur- und Medien, Bernd Neumann sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto. Sie

bekommen ein einjähriges Durchstartprogramm mit Experten-Workshops, individueller Begleitung durch erfolgreiche Branchenfachleute sowie Kontakten zu anderen kreativen Vordenkern. Das Programm „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland 2011“ wird organisiert und durchgeführt vom Institut für unternehmerisches Denken und Handeln e. V. gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes. Das Kompetenzzentrum – eine Einrichtung des RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrums der Deutschen Wirtschaft e. V. – berät in bundesweit angesiedelten Regionalbüros Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft. Gefördert wird das Programm „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“ von der Initiative Kultur und Kreativwirtschaft der Bundesregierung.

Weitere Informationen zur Auszeichnung erhalten Sie auch unter: www.kultur-kreativpiloten.de sowie www.kultur-kreativ-wirtschaft.de.

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Frank Lemloh
Kompetenzzentrum Kultur- & Kreativwirtschaft des Bundes
Regionalbüro Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein:
Telefon: 0151 2646-7283
E-Mail: lemloh@rkw-kreativ.de